

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

 +  Alexanderplatz

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

www.berlin.de/sen/bjf

An den
Vorsitzenden
des Landeselternausschusses

Geschäftszeichen II C 1.9
Bearbeitung Birgit Pietrek
Zimmer 2B11
Telefon (030) 90227 5239
Zentrale ■ intern (030) 90227 5050 ■ 9227
Fax +49 30 90227 6104
E-Mail birgit.pietrek@senbjf.berlin.de

24.01.2020

Sehr geehrter Herr Heise,

Frau Senatorin Scheeres dankt Ihnen für die Übermittlung des Beschlusses des Landeselternausschusses vom 22. November 2019 zum Thema Klimaschutz an den Schulen.

Sie hat mich gebeten, Ihnen hierzu die folgende Stellungnahme zu übermitteln.

Die Anregungen und Hinweise des Gremiums habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen, bitte jedoch zu bedenken, dass die meisten Maßnahmen in die Verantwortung des Schulträgers fallen und somit für deren Umsetzung an den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen die Bezirke zuständig sind.

Drei Bezirke (Reinickendorf, Pankow und Steglitz-Zehlendorf) finanzieren Energiesparprojekte an Schulen. In Pankow und in Reinickendorf nehmen ca. 20 bis 25% der Schulen daran teil. Eine Übernahme dieses Modells durch andere Bezirke könnte sinnvoll sein (auch im Hinblick auf den whole school approach), ebenso wie auch die Umsetzung energetischer Maßnahmen aufgrund von Energieberatungen oder auch die Einführung eines „Fonds“. Jedenfalls müssten hierzu Abstimmungen der Bezirke erfolgen.

Ihrer Anregung, in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz an jeder Schule die Position eines Klimaschutzbeauftragten oder eines Klimaschutzbefragten einzurichten und mit Stunden aus „dem pädagogischen, dem haustechnischen, wie auch dem verwaltungstechnischen Personal“ zu unterstützen, kann nicht gefolgt werden. Eine Stundenermäßigung für Lehrkräfte für diese Aufgabe kommt leider aufgrund der Personalsituation nicht in Betracht, über den Einsatz des übrigen Personals entscheidet der Schulträger. Der zwischen beiden Häusern bereits bestehende Kooperationsvertrag „Klimabildung“ betrifft in erster Linie die Schulämter. Von den Bezirken könnte geprüft werden, inwieweit sie zur finanziellen Unterstützung auf Mittel des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 (BEK 2030) zugreifen könnten.

Beide Punkte nehme ich zum Anlass, dies in die monatlichen Gespräche von Frau Staatssekretärin Stoffers mit den Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträten für Bildung einzubringen.

Auch ein Klimaausschuss könnte im Hinblick auf den Schulentwicklungsprozess sinnvoll sein; die Entscheidung müsste jedoch im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule getroffen werden.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Thomas Duveneck

Beglaubigt

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'L. Duveneck', written in a cursive style.